

Statement der KIOS – Koordination Islamischer Organisationen der Schweiz

Die islamische Glaubensgemeinschaft in der Schweiz stellt mit Freude fest, dass der Bundesrat, die überwiegende Mehrheit des Parlamentes, die Behörden, die Schwesterreligionen Judentum und Christentum, ein wesentlicher Teil der Öffentlichkeit, die Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger und viele Medien, nicht erbaut sind über die Anti-Minarettinitiative und die Art der politischen Kampagne. Die Islamischen Organisationen hegen eine sehr grosse Wertschätzung für das Initiativrecht das ein wichtiges Instrument der direkten Demokratie ist. Das Initiativrecht ist ein grossartiges emanzipatives Recht der aktiven Teilnahme der Bevölkerung an politischen Entscheiden, es ist zu bedeutend, zu entscheidend, um es zu instrumentalisieren gegen einen Teil der eigenen Bevölkerung, um diese auszugrenzen.

Die Moslems der Schweiz identifizieren sich mit der Schweiz als ihre Heimat, deren Verfassung und Gesetze ihnen Schutz, Freiheit und Sicherheit gewähren. Die Antiminarettinitiative ist politisch unkorrekt. Sie wendet sich scheinbar gegen ein sakrales Bauelement, das Minarett und meint den Islam und die Freiheit der Religionsausübung. Sie möchte die Moslems zwingen, ihre Religion als Privatangelegenheit zu betrachten. Religionsfreiheit und Religionspraxis sind keine Privatangelegenheit. Der moderne säkulare Staat ist religionsneutral und nicht antireligiös. Die Religionen sind in ihrem Bekenntnis und ihrer Glaubensausübung ein Teil der Öffentlichkeit. Sakralbauten, inklusive ihrer baulichen Ausdruckformen, Kuppel, Minarette, Rundfenster, Arkaden, Säulen und Symbole sind ein Teil der religiösen Identität. Die Gläubigen jeder Religionsgemeinschaft bestimmen autonom, im Rahmen der bestehenden allgemeinen verbindlichen Rechtsordnung, welche Bauten sie errichten und was zu ihrer Religion gehört. Keine politische Partei hat die Legitimität einer religiösen Gemeinschaft aufzuktroyieren, was ein notwendiger oder unnötiger Teil ihrer religiösen Praxis ist.

Hierin liegt ein Missbrauch der Antiminarett Kampagne. Die Minarettverbotsinitiative ist politisch unkorrekt, weil sie inhaltlich verfassungsmässige Grundrechte verletzt, wie die Religionsfreiheit und Nichtdiskriminierung und sie verstösst gegen geltendes Völkerrecht. Wegen der hohen verfassungsmässigen Bedeutung des Initiativrechtes, werden Initiativen die „nur“ völkerrechtswidrig sind, zwar zugelassen, aber das bedeutet nicht, dass, wenn sie legal sind, auch legitim sind. Die Kampagne der Minarettverbotsinitiative ist hingegen nicht nur politisch unkorrekt, sondern sie ist für die islamische Gemeinschaft, besonders für die islamischen Frauen diskriminierend und entwürdigend (Plakate).

Die islamischen Organisationen treten nicht auf die islamophoben Provokationen der Initianten ein, trotz der persönlichen Betroffenheit der Muslima und Moslems, sie machen keine Gegenkampagne und keine Plakataktion. Wir erachten unsere ‚*besonnene Zurückhaltung*‘ als die angemessene Strategie für eine Glaubensgemeinschaft. Unser Anliegen ist primär das Ansehen der Schweiz. Die Schweiz geniesst in der islamischen Welt ein hohes Ansehen als realer Staat, der neutral ist, keine koloniale Vergangenheit hat, gute Dienste leistet sich für das humanitären Völkerrecht einsetzt. Daneben gibt es das erhöhte Image der Schweiz, als *Traumland der Hoffnung*. Menschen in der ganzen Welt stellen sich einen idealen Wunschstaat so schön und so demokratisch vor wie die Schweiz, einen Staat, dessen Bürger die Politik bestimmen und der Frieden und Gerechtigkeit nach innen und aussen ausübt. Fiktiv oder

irreal, Wunschträume sind trotzdem politisch hoch wirksam. Hierin liegt die Gefahr. Die politisch unkorrekte und sinnlose Minarettverbotskampagne verletzt nicht nur die Moslems und ihre Familien, sondern sie schadet der politischen Hoffnung, die von der Schweiz ausgeht. Umso wirksamer schlägt die Hoffnung in Unverständnis und Enttäuschung um, wenn sogar in der Schweiz die Islamphobie, aus parteipolitischen Motiven, gesellschaftsfähig würde. Das ist unsere berechnete Sorge, die wir mit der verantwortungsbewussten Bevölkerung teilen.

Die Islamischen Organisationen versichern die Öffentlichkeit der Schweiz ihrer Solidarität, danken für die grosse Unterstützung und Sympathie, die sie bisher erfahren durften und vertrauen ganz auf die politische Erfahrung der Stimmbürger und Stimmbürgerinnen, die in ihrer gefestigten politischen Tradition, die Grundwerte der schweizerischen Verfassung wahren und den Schutz von Minderheiten in der Schweiz, gewährleisten werden.

Dr. F. Afshar
5. November 2009

KIOS - Koordination Islamischer
Organisationen Schweiz
KIOS@bluewin.ch
031-901 13 09